



## Pressespiegel zur Asylpolitik vom 12.07.2016

Erstellt von Mark Gärtner  
gaertner@sprev.de

### Geschehenes – Kurzmeldungen:

#### *Blick nach Europa und die Welt*

- Letzten Dienstag wurden 4.500 Geflüchtete im Mittelmeer durch verschiedene staatliche und nichtstaatliche Rettungsmannschaften gerettet. Zahlen der Internationalen Organisation für Migration gehen von 227.000 über das Mittelmeer Gekommenen aus, es seien bis zum damaligen Zeitpunkt der letzten Woche 2.920 Menschen ums Leben gekommen.  
Gleichzeitig wird weitgehend gemeldet, dass die Zahl der Ankommenden sinke (siehe auch den *taz*-Kommentar unten)  
<http://www.tagesspiegel.de/politik/zahlen-der-kuestenwache-italien-4500-fluechtlinge-im-mittelmeer-gerettet/13836532.html> (06.07.16)
- Hunderte sterben und Tausende fliehen vor den wieder aufgeflammtten Kämpfen im Südsudan. Der Konflikt wird als Machtkampf zwischen Präsident Salva Kiir und seinem Stellvertreter Riek Machar beschrieben. Bereits im Dezember 2013 begann ein Bürgerkrieg der im August letzten Jahres in einem Friedensabkommen beendet wurde. Letzten Samstag war Jahrestag der Unabhängigkeit des Südsudans.  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/suedsudan-praesident-salva-kiir-ordnet-waffenruhe-an-a-1102513.html> (11.07.16)
- Am vergangenen Donnerstag beschließt der Innenausschuss des EU-Parlaments eine EU-weite Liste sicherer Herkunftsstaaten, die nationalen Listen sollen aufgelöst werden. Das Vorhaben soll in drei Jahren umgesetzt sein.  
Auf dieser Liste soll laut Vorschlag der EU-Kommission auch die Türkei stehen. Für den Chef des Bundeskanzleramts und „Flüchtlingskoordinators“, Peter Altmaier, ist das Land kein sicherer Herkunftsstaat. Das sieht das SPD-geführte Auswärtige Amt allerdings anders wie die Antwort auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten der Linken, Ulla Jelpke zeigt. An der bisherigen Haltung der Bundesregierung habe sich laut dem Ministerium nichts geändert.  
<http://www.rp-online.de/politik/eu/eu-parlament-will-europaweite-liste-fuer-sichere-herkunftslander-aid-1.6103672> (07.07.16)  
<http://www.sueddeutsche.de/politik/koalition-einedefinitionsfrage-1.3072054> (10.07.16)
- Nachdem die ungarische Regierung erst vorvergangener Woche beschlossen hat, Geflüchtete ohne Verfahren an der Grenze nach Kroatien und Serbien abzuweisen, nennt Präsident Janos Ader den 02. Oktober als Datum für die geplante Volksabstimmung. Laut Ministerpräsident Viktor Orban soll es dort um die Frage gehen, ob „die Europäische Union

ohne Zustimmung des ungarischen Parlaments die verpflichtende Ansiedlung von nicht-ungarischen Bürgern in Ungarn anordnet.“ Das ist eine Suggestivfrage.  
<http://www.dw.com/de/ungarn-setzt-referendum-%C3%BCber-eu-fl%C3%BCchtlingsquoten-an/a-19378353> (05.07.16)

### *Bund, Land, Kommune*

- Am Dienstag besetzen etwa 40 Rom den Regensburger Dom um gegen ihre drohende Abschiebung zu demonstrieren. Ihre Herkunftsstaaten im Balkan werden von der Bundesregierung als „sicher“ eingestuft, die Demonstrierenden sehen das vor dem Hintergrund der ihnen dort drohenden, rassistisch motivierten Verfolgung anders. Nach einer Woche kommen die Besetzenden im Pfarrheim des Bistums unter, die Kirche besteht aber auf der Sprachregelung „Duldung“, heißt: kein Kirchenasyl. Juristischer wie politischer Hintergrund ist, dass der Regensburger Dom in der Hand des Freistaats Bayerns ist, der wiederum von der CSU geführt wird die wiederum nicht dafür bekannt ist, sich für die Interessen von aus dem Balkan Flüchtenden einzusetzen.  
<http://www.dw.com/de/fl%C3%BCchtlinge-besetzen-regensburger-dom/a-19379052> (05.07.16)  
<http://www.br.de/nachrichten/oberpfalz/inhalt/roma-protest-regensburger-dom-umzug-100.html> (11.07.16)  
Ein Beispiel wie versucht wird, das Erheben der Stimme marginalisierter Gruppen in einem durchaus spekulativen Artikel völlig zu delegitimieren, liefert eindrucksvoll die dem Konzept der Solidarität offenbar fern stehende *Welt*: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article156937228/Haben-sich-Sinti-und-Roma-mit-der-Antifa-zusammengetan.html> (10.07.16)
- Nachdem das bayerische Sozialministerium Ende Juni dem *BR* keine Aussage zum Verbleib von 3.330 minderjährigen Geflüchteten tätigen konnte, ergeben Recherchen der Landesrundfunkanstalt nun, dass bundesweit 9.000 Kinder und Jugendliche vermisst werden. Diese Zahl ist allerdings mit Vorsicht zu gebrauchen. Viele von den heute Vermissten seien doppelt erfasst worden oder seien ohne Abmeldung weitergereist. Dennoch zeigt der Bericht, dass ein Teil von ihnen in kriminellen Strukturen ausgenutzt und ausgebeutet wird.  
<https://www.tagesschau.de/inland/vermisste-fluechtlingskinder-101.html> (11.07.16)
- Der Bundesrat berücksichtigte nicht die Abstimmung über die Einstufung von Algerien, Marokko und Tunesien als „sichere Herkunftsstaaten“ auf der Tagesordnung. Die Abstimmung wird in den Herbst verschoben. Die Grünen konnten ihre innerparteilichen Differenzen in dieser Frage bis zuletzt nicht klären. Bundesinnenminister Thomas de Maizière fürchtet sich, da ein Scheitern des Gesetzes „wieder steigende Zahlen“ bedeuten könnte. Gleichzeitig haben auch ohne diese Gesetzesgrundlage Rückführungen in die genannten Staaten begonnen.  
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/sichere-herkunftslander-de-maiziere-warnt-vor-scheitern-von-gesetz/13850676.html> (08.07.16)  
Über die bereits jetzt vollzogene, härtere Gangart bei Abschiebungen gegenüber Menschen aus diesen drei Staaten siehe den Bericht der *Zeit*: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-07/sichere-herkunftslander-tunesien-abschiebung-eu-asylpolitik> (07.07.16)
- Die die Regierungskoalition tragenden Fraktionen des Bundestags haben das Integrationsgesetz beschlossen. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz, schließt sich der Kritik verschiedener Organisationen und Initiativen in Teilen an. So hält sie die Einteilung von Geflüchteten in jene mit guter und solche mit schlechter Bleibeperspektive für einen „Fehler der Vergangenheit“, der nun wiederholt werde. Die Einteilung Geflüchteter in diese Kategorien schließe pauschal von Integration aus und beachte den Einzelfall nicht. ProAsyl legt ebenso mit Kritik nach, das Gesetz verstoße gegen die Menschenwürde. Auch die Bundesärztekammer äußert Kritik. Für deren Präsident Ulrich Montgomery ist die nun gestrichene, im Referentenentwurf aber ursprünglich geplante

Sprachmittlung eine Voraussetzung für die Behandlung. Ärzt\*innen könnten nur dann die Verantwortung für Diagnose und Behandlung nehmen, wenn die Kommunikation gewährleistet sei. Bisher sind die Kosten für Sprachmittlung nicht ausreichend gedeckt und wenn möglich, dann nur unter hohem bürokratischem Aufwand.

<https://www.tagesschau.de/inland/integrationsgesetz-127.html> (07.07.16)

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/integrationsbeauftragte-oezoguz-kritisiert-integrationsgesetz-a-1101737.html> (07.07.16)

Zum Inhalt des Gesetzes und der Kritik von ProAsyl siehe noch einmal hier: <http://www.migazin.de/2016/07/04/pro-asyl-vorsitzender-integrationsgesetz-geist/> (04.07.16)

- Ebenso beschloss der Bundestag die Unterstützung der Länder durch den Bund mit sieben Milliarden Euro bis 2018 für Integrationskosten.  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/einigung-bei-fluechtlingskosten-horst-seehofer-spricht-von-sensationellem-ergebnis-14329733.html> (07.07.16)
- Die AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg hat sich gespalten, die antisemitischen Äußerungen eines Abgeordneten führten zu Machtspielen und nicht zur Distanzierung. Der Innenminister des Landes, Thomas Strobl, überlegt, die Partei von seinem Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Der bayerische Verfassungsschutz beobachtet bereits einzelne Politiker\*innen der AfD.  
<http://www.dw.com/de/die-afd-im-fokus-des-verfassungsschutzes/a-19390836> (10.07.16)
- Der Chef des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, gibt bekannt, dass im April 96.000 Menschen mit Fluchtbiographie in sozialversicherungspflichtigen Jobs tätig gewesen seien, das sei ein Anstieg im Vergleich zum Vorjahr von 29%. Bei den ein menschenwürdiges Leben nicht ermöglichenden Mini- bzw. Ein-Euro-Jobs sei die Zahl um 30.000 gestiegen.  
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/fluechtlinge-mit-job-zehntausende-finden-arbeit-in-deutschland-a-1102295.html> (10.07.16)
- Die Landesdirektion Sachsen gibt bekannt, dass sie die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen von knapp 20.000 Plätzen auf 9.858 reduziert habe.  
<http://www.dnn.de/Mitteldeutschland/News/Sachsen-hat-Zahl-der-Fluechtlingsunterkuenfte-halbiert> (10.07.16)

## Hintergrund und Meinung

- Ein trauriger Rückschritt in die Zeit vor dem Sommer 2015 sei eine Politik, die die Krisen dieser Welt ausblendet, schreibt Anna Reimann bei *SPON*. Nur weil die Zahl der Ankommenden sinke, heiße das nicht, dass es weniger Geflüchtete und Kriege gebe, außerdem würde die Zahl der über das Mittelmeer Fliehenden gerade nicht sinken, dabei aber die Zahl der zu Tode Kommenden steigen. Laut Zahlen der UNO starben im Frühjahr 5% der Menschen, die das Mittelmeer überqueren wollen. Von einer „Entspannung“ zu sprechen, wie Thomas de Maiziére es tut, verbiete sich.  
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-aus-den-auge-aus-dem-sinn-kommentar-a-1101745.html> (08.07.16)
- Das jahrzehntelange Ignorieren der Ungerechtigkeiten gesamteuropäischer Asylpolitik, unter anderem bei den Dublin-Verträgen, schlage nun auf die EU zurück, die Fliehkräfte seien am Wirken, wie das angekündigte Referendum Ungarns oder die erodierende Freizügigkeit innerhalb der EU zeige. Auch die gemeinsame Liste der EU zu sicheren Herkunftsstaaten ohne ein gemeinsames Asylverfahren findet Christian Jakob von der *taz* zwecklos. Wenn die EU-Mitgliedsstaaten die Krise ihrer Asylpolitik wieder „nach außen drücken“, das heißt, ein so wahrgenommenes - Problem - auf die Transitstaaten abwälzen, würde sich dasselbe Muster wiederholen, welches sich bereits in den letzten Jahren in den Ländern Süd- und Osteuropas gezeigt habe.

<http://www.taz.de/!5316832/> (08.07.16)

- Katja Auer von der *SZ* hält die Entscheidung des Bistums Regensburg, den den Dom besetzenden Rom\*nja kein Kirchenasyl zu gewähren sondern sie lediglich zu „dulden“ für grundsätzlich korrekt. Die Kirche selber solle nach ihrer Ansicht nicht zum Instrument politischer Auseinandersetzung werden. Es sei Aufgabe der Politik und nicht der Kirche, die pauschale Abschiebung von Geflüchteten in die Länder des Balkans zu beenden, umso wichtiger sei gerade deswegen aber der Protest.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-in-regensburg-schutz-fuer-fluechtlinge-ja-kirchenasyl-nein-1.3071426> (10.07.16)
- In einer sehenswerten Dokumentation analysiert die *ARD* den Vertrauensverlust in die Medien – ausgedrückt in Form des plumpen „Lügenpresse“-Schreiens über die intellektuell erscheinenden Verschwörungstheorie hin zur Morddrohung. Auch kritikwürdige Äußerungen kommen in der Doku zu Wort, doch gibt sie einen Einblick, wie schwierig das Herstellen gesicherter Informationen heute geworden ist und welche neuen Ansätze sich im Spannungsfeld von absoluter Ausgewogenheit und kompletter Subjektivität beziehungsweise Positionierung abzeichnen.  
<http://www.ardmediathek.de/tv/Reportage-Dokumentation/Die-Story-im-Ersten-Vertrauen-verspielt/Das-Erste/Video?bcastId=799280&documentId=36493736> (11.07.16, Video)

### In eigener Sache

- Wenn die *SZ* über Bayerischen Flüchtlingsrat und CSU schreibt, dass „beide Seiten [...] sehr unterschiedliche Vorstellungen davon [haben], wie eine gute Asylpolitik aussieht“, kann man in 30 Jahren nicht viel falsch gemacht haben. Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum von SFR und RLCL an die Kolleg\*innen in Bayern.  
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/csu-und-fluechtlingsrat-jahre-zwietracht-1.3071430> (11.07.16)

Der Pressespiegel wird herausgegeben von:

Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.  
Dammweg 5  
01097 Dresden  
E-Mail: [info@saechsischerfluechtlingsrat.de](mailto:info@saechsischerfluechtlingsrat.de)

Refugee Law Clinic Leipzig  
Burgstraße 27  
04109 Leipzig  
Email: [refugeelawclinic@uni-leipzig.de](mailto:refugeelawclinic@uni-leipzig.de)

Der Sächsische Flüchtlingsrat e.V. wird gefördert durch:

**PRO ASYL**  
FÖRDERVEREIN PRO ASYL E.V.

Leben retten – Rechte schützen

 UNO-Flüchtlingshilfe